

Fremd im eigenen Land - kennen Sie dieses Gefühl auch?

Der einzige Grund, warum sie bei der Ankunft am Krefelder Hauptbahnhof nicht automatisch denken, sie seien versehentlich nach Marrakesch durchgefahren, ist, dass sich zwischen all den zahlreichen nordafrikanischen Gästen unseres Landes auch Osteuropäer und Menschen mit irgendeinem arabischen Hintergrund gemischt haben.

Jedenfalls, wenn sie hier ankommen und aus dem ICE aussteigen, den Bahnsteig entlanglaufen, durch die Bahnhofshalle zum Ausgang gehen - ich schwöre es - ich habe keinen Menschen Deutsch sprechen hören. Nicht einen einzigen.

Heute Morgen als ich durch Gott sei Dank menschenleere Straßen mit meinem Rollkoffer vom Hotel wieder zum Bahnhof ging und die frische Morgenluft genoss, schwebte mir plötzlich im Freien von irgendwoher direkt vor dem Eingang eine wirklich atemberaubende Marihuana-Wolke entgegen. Morgens um 8 Uhr ... im Freien.

Als ich gestern spätabends vom wunderbaren harmonischen Familientreffen zurückkam - der Liebe Gott hat meinem ältesten Sohn eine tolle Frau geschenkt, die gleichzeitig eine professionelle Spitzköchin ist - warf ich beim letzten Rundgang vor dem Schlafengehen durch mein Hotelzimmer in Shorts und T-Shirt noch einen schnellen Blick aus dem Fenster im dritten Stock auf das nächtliche Krefeld. Direkt auf der anderen Straßenseite standen zwei junge Männer mit sehr dunkler Haut-Hintergrund, in Parkas und mit Wollmütze herum. Einfach so. Ich meine, die taten...nichts, die standen da einfach nur. Nachts um zwei Uhr, bei minus 10 Grad in Jogginghosen. Wahrscheinlich wollten sie die ersten sein, die sich anstellen, um Montag bei der Arbeitsagentur nach einem Job zu fragen.

Im Krefelder Hauptbahnhof ging es dann munter weiter - ich muss Ihnen all die kleinen Beobachtungen einfach erzählen

Also, man geht durch Marihuana-Dämpfe rein, trifft Menschen mit schwarzafrikanischem Hintergrund und einen gelangweilten Security-Mann unbekannter Herkunft mit leuchtend gelber Jacke.

Der Mann vom Imbiss in der Haupthalle ist schon da. Morgens um 8 Uhr - es gibt frischen Dönersteller, Börek, Lahmakum - alles, was die neue deutsche Küche so zu bieten hat. Auf dem Weg zum Gleis 4, wo meine ICE-Abfahrt aber dann auf Gleis 2 verlegt wurde, komme ich dann am Laden vom Düsseldorfer Großbäcker Kamps vorbei, die Frau und der Mann am Verkaufsschalter hatten weiße Hautfarbe und sprachen deutsch - vermutlich also Polen oder Ukrainer. Jedenfalls belegt die Schlange vor den Brötchenregalen eindrucksvoll, dass man auch in Nordafrika und Arabien deutsche Backkunst auch heute noch zu schätzen weiß.

Während ich auf den ICE um 8.18 Uhr wartete - der pünktlich ankam - wird über Lautsprecher mitgeteilt, dass irgendein Regionalzug, der über Krefeld-Oppum fährt eigentlich, heute ausfällt, weil er repariert werden muss. Spontan fangen einige der inzwischen angekommenen anderen Zugreisenden auf

dem Bahnsteig an zu lachen, einfach so, und ich stimme fröhlich ein. Die Deutsche Bahn eben, regt niemanden mehr wirklich auf. Defätismus pur...

Bitte entschuldigen Sie, dass ich heute ins Plaudern komme!

Denn die Idee, über all diese Dinge zu schreiben, hatte ich gestern schon auf der Zugfahrt von Berlin-Spandau nach Krefeld. Da las ich nämlich – einer von zwei Zügen war pünktlich – einen aktuellen Text meines Freundes und Kollegen Boris Reitschuster. Der stammt gebürtig aus Augsburg, dem einstmals schönen Augsburg.

Boris wollte das Gefühl von Weihnachten in der alten Heimat noch einmal spüren dort. Und ich weiß genau, was er meint, denn ich habe dort selbst mal gelebt, unsere erste Tochter wurde in Augsburg geboren, einer mediterranen Stadt in Bayern. Aber Boris fühlte sich – wie er selbst schreibt – fremd in der eigenen Heimat, wie sie heute ist.

Lesen Sie selbst:

„Da war der Besuch in meiner Lieblings-Konditorei, Eber am Rathausplatz, deren Weihnachtsgebäck für mich zum Heiligabend gehört, seit ich denken kann. Der erste Versuch scheiterte an einer nicht langen, aber chaotischen Warteschlange, in der ich den Altersdurchschnitt erheblich senkte – und jeder jedes Plätzchen einzeln und erst nach dreimaligem Überlegen orderte. Als der Juniorchef dann noch plötzlich die Herrschaften hinter mir bediente, war ich weg. Ich habe das Schlangestehen und die Geduld, die heute in Deutschland üblich erscheint, im Ausland verlernt.“

Am nächsten Tag kam ich dann im leeren Laden an eine sehr nette Verkäuferin. Sie schockierte mich mit der Nachricht, dass es mein letztes Weihnachten mit Eber-Weihnachtsgebäck sein werde. „Im März schließen wir“. Seit Corona sei das Geschäft nie mehr richtig in die Gänge gekommen. Die Chefs reagierten mit Preiserhöhungen – und machten das Elend so nur noch größer. Im März zieht jetzt eine Kette in die Räume der Konditorei mit Café, die für mich zu Augsburg gehörte wie der Papst zum Vatikan. Seit 1925 bestand sie, familiengeführt in vierter Generation – bis zu den Corona-Maßnahmen. Die brachen ihr das Genick. Die Mitarbeiter stehen bald auf der Straße. Eine der Verkäuferinnen ist seit vierzig Jahren im Laden.“

Den ganzen Text von Boris lesen Sie [hier](#)

Ganz ehrlich: Friedrich Merz ist derzeit die „ärmste Sau“ im ganzen Land

Denn er hat etwas ausgesprochen, das 100 Prozent zutrifft, und wir alle wissen das. Unser „Stadtbild“ und das alltägliche Leben in Deutschland haben sich in den vergangenen zehn Jahren dramatisch verändert. Und auch, wenn ich den Bundeskanzler als „arme Sau“ bezeichnet habe und mich vorbereite, dass morgen früh um 6 Uhr Uniformierte vor unserer Haustür stehen – der Bademantel ist griffbereit im Bad – muss ich ihm einfach zustimmen.

Ich hänge an meiner Heimat, Deutschland ist mein Vaterland, und ich würd es gegen jeden Angriff von Innen und Außen auch mit der Waffe verteidigen, selbst nachts im Umfeld des Krefelder Hauptbahnhofs, aber ich fühle mich auch selbst zunehmend fremd im eigenen Land.

Nicht wegen „die Ausländer“ wieder, sondern wegen den kulturfremden Ausländern, die nicht arbeiten, die unsere Gesetze und Traditionen missachten.

Die Pflegekräfte aus Polen oder Südostasien, die hier arbeiten in Krankenhäusern und Altenheimen – die brauchen wir doch dringend, um den Laden am Laufen zu halten. Weil mehr als zwei Millionen Deutsche arbeitslos gemeldet sind, obwohl so viel Arbeit überall ist. Und zum Spargelstechen holen wir jetzt nicht nur Leute aus Rumänien und Bulgarien, sondern auch schon aus Usbekistan, wie mir ein Bauer vergangene Woche erzählte.

Auf dem Bahnsteig vorhin in Krefeld sprach mich und dann auch andere Auf-den-Zug-Wartende, oder wie das jetzt heißt, an.

„Guten Morgen, hätten Sie vielleicht ein bisschen Kleingeld...?“ „Nein!“, bellte ich zurück, viel barscher als ich eigentlich bin. Der Typ war vielleicht 25 Jahre alt, Jeans, Kapuzenpulli, Turnschuhe – warum ist der morgens um 8 auf dem Bahnsteig und schort Leute um Geld an? Hätte er gesagt: „Wo finde ich hier die Bahnhofsmision?“ Oder: „Wo kann ich mich hier irgendwo für einen Job bewerben?“ – ich hätte den nächsten Zug genommen und ihm geholfen. Aber so? Warum arbeitet der nicht für seinen Lebensunterhalt, wie wir alle das auch tun müssen?

Fremd im eigenen Land...ja, das sind wir und das wird immer schlimmer. Weil wir keine politischen Anführer haben, die dieses Problem ernsthaft angehen. Weil niemand die eine Million rechtkräftig abgelehnten Asylbewerber nach Hause schickt. Und weil es eben nicht reicht, wenn der Bundeskanzler das Richtige sagt, ohne dass etwas daraus folgt...

Genießen Sie den Weihnachtstag!

Herzliche Grüße

Ihr Klaus Kelle

P.S. Hat Ihnen das gefallen? Dann unterstützen Sie mich mit Ihrer Weihnachtsspende für diesen Blog auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal auf @Vers 1 Medien GmbH! Vielen Dank!

Merkwürdige Generäle

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine tauchen ehemalige Bundeswehr-Generäle in den Medien auf, um uns die Lage an der Front zu erklären. Mein Lieblings-Experte ist dabei der ehemalige Brigadegeneral Erich Vad. Wikipedia zufolge startete er 1996 seine Laufbahn als Offiziersanwärter bei der Bundeswehr. Er studierte an der Münchner Bundeswehrhochschule drei Jahre lang, war dann erst Zugführer und später Kompaniechef im Panzeraufklärungslehrbataillon 11 in Munster. Wiki wörtlich:

„....was seine höchste Führungsverwendung im Truppendienst bleiben sollte.“

Ich will die Verdienste des Kameraden Vad wirklich nicht anzweifeln. Er hat eine beeindruckende Karriere in Führungsstäben der Bundeswehr, promovierte, diente auch ein Jahr lang im US-Panzertruppenzentrum in Kentucky/USA. Und für Bundeskanzlerin Merkel hat CDU-Mitglied Vad im Kanzleramt gearbeitet, was mich allerdings misstrauisch macht angesichts all der Dinge, die Merkel in ihrer Amtszeit unternahm, und die dem Kreml gefallen haben dürften. Angefangen von der Verhinderung, der Ukraine 2008 den Status eines NATO-Beitrittskandidaten zu geben, bis hin zur Reise zu Uncle Sam, also Uncle Joe in den USA, um Einvernehmen über die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 zu erzielen.

Sicher alles nur ein Zufall natürlich. Staatsfrazuliche Verantwortung und so.

Als russische Truppen Ende Februar 2022 in die Ukraine einmarschierten, saß Experte Vad sofort am ersten Donnerstagabend der neuen Kriegszeit im „maybrit illner Spezial“ im ZDF und ließ ein Millionenpublikum an seinem analytischen Wissen teilhaben:

„Militärisch gesehen ist die Sache gelaufen“, so der frühere Bundeswehr-Brigadegeneral. Und weiter:

„Meine Bewertung ist, dass es nur um ein paar Tage gehen wird und nicht mehr.“

Nach dieser „Bewertung“ hätte ich als Redakteur einer Fernsehsendung angesichts des weiteren Kriegsverkauf auf die Analysen des heutigen Unternehmensberaters Vad verzichtet, denn wir haben Ende November, und seit Wochen sind die ukrainischen Streitkräfte im Vorwärtsgang und befreien Dorf um Dorf im besetzten Osten ihres Landes.

Der andere Experte aus längst vergangenen Tagen, der praktisch täglich durch die deutschen Medien gereicht wird, ist der General im Ruhestand Harald Kujat. Er war u. a. Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses. Nun sehe ich ihn dauernd, wie er auf allen ihm zur Verfügung stehenden medialen Kanälen die Position des russischen Aggressors vertritt, zuletzt mit seiner Forderung, der Ukraine keine Waffen mehr zu liefern, weil sie so erfolgreich damit umgehen.

Aber Kujats seltsames Verhalten ist nicht neu. Schon 2016 war er zum Beispiel in einer ARD-Talkshow (Will) zu sehen, wo er allen Ernstes die Ansicht vertrat, Putin und Assad hätten alles getan, um eine

kriegerische Eskalation in Syrien zu verhindern. Der US-Botschafter John Kornblum nannte Kujat nach der Sendung einen „Sowjet-General“.

In einer Fernsehkritik am nächsten Tag brachte BILD konkrete [Beispiele](#), wo Kujat in der Sendung die Narrative des Kreml Punkt für Punkt zu den seinen machte. Mein Lieblingssatz Kujats damals: Die Nutzung von Fassbomben und bunkerbrechenden Bomben durch die syrische und russische Armee - auch gegen Krankenhäuser - sei „nur ein Teil der Wahrheit“.

Interessant ist also die Frage:

Warum wechseln einige wenige einst hochrangige Bundeswehr-Offiziere ganz offensichtlich die Seiten?

Vielleicht ist in dem Zusammenhang ein Blick auf sogenannte NGOs, also Nicht-Regierungsorganisationen aus dem Ausland hilfreich.

Solche gibt es auch von deutscher Seite anderswo. Bis heute wirft man der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung und amerikanischen NGOs vor, sie hätten die Maidan-Proteste in Kiew 2013 ausgelöst. Eine kühne aber nicht belegte These, denn zu glauben, weil eine deutsche Stiftung Seminare für politische Gruppen in der Ukraine veranstaltet oder beim Aufbau der Strukturen politisch befreundeter Parteien mitwirkt, fände ein Umsturz statt, ist nahezu grotesk und wird nur übertroffen von dem Gruselmärchen, die amerikanische CIA habe jedem Demonstranten auf dem Maidan 50 Dollar Handgeld bezahlt.

Russland hat schon vor Jahren begonnen, im eigenen Land rigide gegen Stiftungen und NGOs aus dem Westen vorzugehen. In St. Petersburg wurden Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung durchsucht, der Vertreter der (SPD-nahen) Friedrich-Ebert-Stiftung wurde vom russischen Geheimdienst zum Verhörlor einbestellt. Russische Partner dieser und anderer Stiftungen müssen sich seit 2012 als „ausländische Agenten“ registrieren, wenn sie finanzielle Mittel aus dem Ausland erhalten.

In Deutschland machen wir sowas nicht, weil wir ja tolerant und grenzenlos naiv sind

In edlen Räumen im Berliner Regierungsviertel residiert seit einiger Zeit ein Forschungsinstitut für den „Dialog der Zivilisationen“. Der Mann, der es auf die Beine gestellt und angeblich 25 Millionen Euro bereitgestellt hat, ist dem russischen Dauerpräsidenten Wladimir Putin seit gemeinsamen Petersburger Zeiten eng verbunden. Er heißt Wladimir Jakunin, ist wie Putin ein Ex-Geheimdienstmann (22 Jahre lang) und Träger zahlreicher orthodoxer Orden. 2014 hat er schon einmal richtig für Stimmung in Berlin gesorgt, als er öffentlich erklärte, ein Viertel der Jugendlichen zwischen 14 bis 16 Jahren habe noch keine „klare sexuelle Orientierung“, weshalb Schwulenverbände ein leichtes Spiel hätten, sie „umzudrehen“. Eine durchaus bedenkwerte These, aber im linksgrünen Wunderland Berlin sorgt das für mehr Erregung, als wenn russische Panzer über den Kurfürstendamm rollten.

Dass Jakunins ThinkTank in Berlin wissenschaftlich arbeite, ist eine kühne Annahme, vor allem, wenn man weiß, wie russische Netzwerke in Deutschland seit Jahren ein dichtes Netzwerk von persönlichen

Beziehungen und Organisationen knüpfen. Ich empfehle wirklich jedem von Ihnen, sich zum Weihnachtsfest das Buch „Putins verdeckter Krieg“ von meinem Freund und Kollegen Boris Reitschuster schenken zu lassen! Das wird Ihnen die Augen öffnen, wie weit russische Desinformation und Infiltration inzwischen in Deutschland an Boden gewonnen haben.

Als Putins, Entschuldigung, Jakunins Institut in 2016 in Berlin eröffnet wurde, war wenig echte deutsche Politik-Prominez dabei, wenn man vom wichtigsten Kreml-Einflussagenten in Deutschland absieht: Matthias Platzeck vom Deutsch-Russischen Forum.

Zur Eröffnung des Instituts sprach damals ein alter Bekannter: der frühere Bundeswehr-General a. D. Harald Kujat, formals Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, und heute total unabhängiger Militärexperte für den deutschen Mainstream...

Sind wir immun gegen “sowas”? Der “Fall Reitschuster” zeigt, was hier gerade fürchterlich falsch läuft

Der Hauptstadtjournalist Boris Reitschuster ist derzeit das Maß aller Dinge - unter den alternativen Medien in Deutschland bricht sein gleichnamiger [Blog](#) Tag für Tag neue Zugriffsrekorde, auf Twitter war er vorhin lange Zeit der top “Trend”. Boris ist in aller Munde, seit er dahin geht, wo es wehtut - auf Berlins Straßen, wenn Polizei und antifa aneinandergeraten und Tränengasschwaden zwischen den Häuserzeilen der Hauptstadt-Kieze wabern. Oder bei den Querdenkern, wo einige linke Krawalltypen in Schwarz ihm das Smartphone aus der Hand schlagen und den Livestream auf seinem Blog unterbrechen. Oder er nervt Regierungssprecher Seibert in der Bundespressekonferenz derart, dass die Süddeutsche Zeitung Reitschuster eine ganze Seite widmet, um zu begründen, er müsse aus der Bundespressekonferenz ausgeschlossen werden, weil er da immer so ...Fragen stellt. Weil es doch bei

den wohlfühligen Mainstream-Korrespondenten immer so gemütlich war, bevor dieser Typ da rumnervte mit seinen Fragen.

Und jetzt Querdenker in Stuttgart - 15.000 - und Boris macht das, was Medien machen sollten: berichten, live und ungeschnitten, damit die Menschen sich selbst ein Bild davon machen können, was da passiert und wer da was redet auf der Bühne. 216.000 Abonnennten hat Reitschusters YouTube-Kanal - eine stolze Zahl, und jetzt hat YouTube Reitschuster abgestellt - gesperrt für sieben Tage. Es ist erstaunlich, wie viele Menschen das feiern in den Sozialen Netzwerken, wie viel Hass und persönliche Beleidigungen da sichtbar werden, von Leuten, von denen man doch annehmen sollte, dass sie - da links - tolerant und bunt und vielfältig sind.

Aber aus vielen Tweets dort spricht der alte, totalitäre Geist, der die düstersten Kapitel des 20. Jahrhunderts überhaupt erst möglich gemacht hat. Leute, bereit, auf Knopfdruck den oder die zu hassen, wen immer man ihnen zum Frass vorwirft. Der mittelalterliche Pranger ist zurück im besten Deutschland, in dem wir gut und gerne leben oder so. Eine dumpfe Meute, aufgehetzt, bereit alles zu bejubeln oder zu negieren, was dem eigenen kruden Weltbild entspricht. Wie bei Lenin damals: Wer nicht mitmacht, der wird halt aussortiert. Bisher noch nicht abgeholt an der Haustür von Stasi-Typen mit grauen Anzügen und grauen Gesichtern, aber ich bin sicher, wenn es so weit wäre, gäbe es auf Twitter sofort viele Leute, die ins Geheule der Wolfsmeute freudig einstimmten - den machen wir fertig.

Es gibt viele Beispiele aus den vergangenen Jahren, wo Menschen für ihre Meinungen gesellschaftlich hingerichtet wurden. Und der Mainstream kommt durch damit, immer.

Dabei ist der entscheidende Punkt nicht, *WAS* jemand denkt oder sagt. Der entscheidende Punkt ist, *DASS* man es in diesem Land denken und sagen darf - ohne Konsequenzen für den Job, die Familie und im schlimmsten Fall Leib und Leben haben zu müssen. Politiker der AfD haben das erlebt, konservative Publizisten, mit denen man nicht auf einer Bühne stehen will. Utadelige Staatsdiener, die in der Politik gehen wollen und nicht den Wünschen des Juste Milieus entsprechen. Besonders widerwärtig auch eine Kaste von Wichtigtuern, die sich mit vermeintlich verdächtigen Screenshots an Arbeitgeber von gehassten Persönlichkeiten wenden, damit die raus sind aus dem Spiel. Um ihre Existenz beraubt. Endgültig weg. Ein guter Freund sagte mir letztens, ich solle doch vorsichtig sein, mit wem ich Interviews führe. Damit ich nicht auch zur Zielscheibe werde. Aber in meiner kleinen Welt sollte ein Journalist mit jedem sprechen, mit dem er will.

Ich habe schon ein paar Mal über all das geschrieben, viele Bürger haben das gelesen, viele auch ihre Gedanken selbst in eine Mail an mich gepackt. Und dennoch frage ich mich immer häufiger, auf welchem Trip diese Gesellschaft gerade ist. Werde ich zum Verschwörungstheoretiker, weil ich immer mehr Dinge wahrnehme, die ich von Orwells und Huxleys Büchern kenne? Das kann doch alles gar nicht sein, wir leben doch in einer Demokratie, einem Rechtsstaat. Und wir haben doch aus der Geschichte gelernt, und die wiederholt sich doch nicht.

Und wir sind doch immun gegen "sowas".

Sind wir das wirklich?

Bitte unterstützen Sie meine journalistische Arbeit mit Ihrer Spende über PAYPAL [hier](#) oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld DE40 3205 0000 0000 2711 22 !

„Ich lasse mich nicht unterkriegen“...zum Mobbing der „Süddeutschen“ gegen Boris Reitschuster

Der engagierte und furchtlose Journalist Boris Reitschuster ist in aller Munde. Was er getan hat? Er nimmt seinen Job ernst, er stellt Fragen in der Bundespressekonferenz, immer höflich, aber hartnäckig. Das ist es, was ein Journalist tun sollte, den Mächtigen auf die Finger schauen und „dran bleiben“.

Nun kommt ein Angriff von einer Seite, den man gar nicht in dieser Hinterhältigkeit erwartet hätte: von den „Kollegen“ der Süddeutschen Zeitung, die den Journalisten Reitschuster aus der gemütlichen Quasselbude heraushaben will. Der habe die Bundespressekonferenz „gekapert“ und als Bühne benutzt. Ich denke, er hat einfach seinen Job gemacht.

Aber lesen und hören Sie selbst, was Boris zum Vorgang zu erzählen hat! [Hier](#)

GASTSPIEL BORIS REITSCHUSTER: Sie nehmen uns unsere Würde

Spätestens, wenn eine Regierung entscheidet, welche Grundrechte wann, wo und für wen gelten, sollte auch dem hartnäckigsten Verteidiger eines harten Lockdowns auffallen, dass die Idee der Grundrechte pervertiert ist. Denn die sind dazu da, um genau das zu verhindern: Dass eine Regierung entscheidet, wann, wo und für wen sie gelten.

Eigentlich müsste dieser Satz schon ausreichen. Mehr muss zur aktuellen Situation nicht gesagt werden.

Aber das wichtigste Gegenargument muss dennoch entkräftet werden: Selbstverständlich müssen Grundrechte auch abgewogen werden. Ein Arzt, der auch für meine Seite schreibt und vor einer Verharmlosung von Covid-19 warnt, schrieb mir kürzlich: „Es ist wie beim Grillen auf dem Balkon. Die

Freiheit des einen ist immer eingeschränkt durch die Einschränkungen der Freiheit, die ein anderer dafür hat.“

Hätten wir es aktuell mit einem Killer-Virus wie Ebola zu tun - man könnte selbst gute Argumente für einen faktischen Hausarrest finden, wie wir ihn ja de jure in weiten Teilen bereits haben.

Aber Covid-19 ist, bei allen Gefahren, nicht Ebola. Selbst Gesundheitsminister Spahn musste gestern auf der Bundespressekonferenz eingestehen, dass unser Gesundheitssystem zu keinem Zeitpunkt überlastet war. Ein Blick auf die Statistik der Intensivbetten in den vergangenen Monaten belegt das eindrucksvoll.

Sowohl die WHO als auch die wissenschaftlich fundierte Studie von John Ioannidis von der Stanford-Universität in Kalifornien lehnen Lockdowns als länger anhaltende Maßnahmen gegen Covid-19 ab.

Andere Länder haben keinen strikten Lockdown. Und dort bleibt eine Katastrophe aus - die wäre aber die einzige Rechtfertigung für Grundgesetzeinschnitte. Auch innerhalb Europas fällt Deutschland mit der Strenge seiner Maßnahmen aus dem Rahmen. Fast wirkt es, als sei der alte, deutsche Ungeist, alles bis zum Exzess, zum Äußersten zu treiben, wieder aufgewacht. Ein Hang, der uns bereits wiederholt in den Abgrund führte und vielen unserer Nachbarn unheimlich ist. Der als überwunden galt. Aber in der Klimadebatte mit Weltrettungsphantasien wieder erwachte und nun mit „Null-Covid“ fröhliche Urstände feiert.

Spirale der Irrationalität

Ohne eine einzige fundierte Studie für den Nutzen des Lockdowns nennen zu können, haben unsere Regierungen den wichtigsten Teil unserer Verfassung faktisch außer Kraft gesetzt. Sie passen ihre Messlatte so an, dass die Freiheitsbeschränkungen einfach weiter gelten. Inzwischen ist sogar schon von einem Inzidenzwert von zehn die Rede, wie ihn in Europa nur die Färöer-Inseln und Island erreichen. Journalisten treiben die Regierenden dabei an. So ist eine Spirale der Irrationalität entstanden. Oder, frei nach Merkel: Lockdown-Verlängerungs-Diskussionsorgien.

Kaum etwas ist entlarvender, dem Geist des Grundgesetzes entgegengesetzter als die Aussage der Kanzlerin, sie warne vor Lockerungsdebatten. Wenn Grundrechte eingeschränkt sind, ist die Debatte darüber, ob das noch weiter erforderlich ist, zwingend. Täglich.

Es ist fast gespenstisch, wie Merkel mit solchen Aussagen ihre autoritären Tendenzen unverschleiert zum Ausdruck bringt, die sie schon 1991 im Interview mit Gunter Gaus einräumte: „Vielleicht habe ich da ein autoritäres Verhalten in mir.“ Die Medien und der Großteil der Politik sehen dabei weg oder machen sogar eifrig mit.

Gestern im ZDF-Interview zum Schnelltest sagte die Kanzlerin gar: „Wir haben die ersten Anträge auf Zulassung, wir haben sie jetzt schon zugelassen in Österreich“ ([hier ab Minute 8.35](#)). Was für eine Entgleisung! Und/oder Entlarvung.

Man muss sehr gut sein im Verdrängen, um nicht zu sehen, wohin die Reise geht.

Aber leider ist Verdrängung allzu menschlich. Und allzu verbreitet. Weil das Eingeständnis, betrogen, ja missbraucht worden zu sein, viel schmerzhafter wäre als der Selbstbetrug.

Um es ganz klar zu sagen, auch wenn es brutal ist: Wir leben faktisch wieder in einem System der Notstandsverordnungen. Eine vom Grundgesetz gar nicht vorgesehene Nicht-Institution, der sogenannte „Corona“-Gipfel, entscheidet hinter verschlossenen Türen, welche Grundrechte den Menschen entzogen werden oder nicht.

Dafür stehen die Teilnehmer dieses Gipfels der Öffentlichkeit nicht Rede und Antwort - auf den anschließenden Pressekonferenzen kommen in der Regel vorher fein säuberlich aussortierte Journalisten zu Wort. Selbst auf der Bundespressekonferenz muss man als kritischer Journalist damit rechnen, einfach nicht das Wort zu bekommen, wie es mir gestern erging.

Grundkonsens verloren

Wir erleben gerade genau das, was wir als Lehre aus unserer eigenen Geschichte nie mehr zulassen dürften. Was nie mehr zuzulassen der Grundkonsens unserer Gesellschaft war.

Wer sich beim Blick in die Geschichte wie ich immer die Frage gestellt hat, wie war das damals möglich, der bekommt in diesen Tagen anschaulich die Antwort.

Nein, die Situation ist nicht identisch mit früheren.

Aber die Mechanismen sind die gleichen. Mit Verweis auf eine große Gefahr, dem Schüren von Angst und Panik wird die Gesellschaft in einen Ausnahmezustand getrieben, in dem sie zum Äußersten bereit ist. Wieder einmal.

Und auch in der Vergangenheit dachte stets eine schweigende Mehrheit, so schlimm werde es schon nicht werden.

Aber nur deshalb wurde es dann so oft so schlimm.

Wegnehmen von Würde

Und wir haben keinerlei Garantie, dass gerade dieses Mal das gleiche Spiel mit dem Feuer nicht so schlimm werden wird. Im Gegenteil. Alles deutet darauf hin, dass unsere Regierenden sich an ihre neue, bisher völlig unvorstellbare Machtfülle gewöhnt haben. Ja, sich fast daran ergötzen, wie zynische Bemerkungen von Michael Müller und Markus Söder nach dem Corona-Gipfel nahelegen. Der eine machte sich faktisch lustig über die Nöte der Menschen mit ihren Frisuren, der andere gab unumwunden zu, er habe den Menschen mit seinen Beschlüssen die Würde genommen. Auch wenn man persönlich seine Würde nicht am Haupthaar festmacht - Söder gab zu, dass er selbst die von ihm mitgetragenen Beschlüsse als Wegnehmen von Würde sieht.

Genau das auszuschließen ist das oberste, wichtigste Gebot unserer Verfassung.

Die Quintessenz aus unserer Geschichte.

Der Grundkonsens unseres Staatswesens.

Der ist jetzt aufgelöst. Denn man kann die Grundrechte nicht „ein bisschen“ außer Kraft setzen. Entweder sie gelten und sind oberstes Prinzip. Oder wir leben in einem Staat, in dem sie „gewährt“ werden.

Auch wenn es schwerfällt, das auszusprechen: Demokratie ohne Grundrechte hat ihren Namen nicht verdient. Denn eine freiheitlich-liberale Demokratie wird nicht durch Abstimmungen allein garantiert. Denn sonst würde sie schnell zur Demokratur. Als wenn zwei Wölfe und ein Schaf „demokratisch“ abstimmen, was es zum Abendessen gibt.

Aber offenbar ist die Lernfähigkeit der Gattung Homo sapiens eher begrenzt.

Dieser Beitrag erschien erstmals bei www.reitschuster.de.

Bitte unterstützen Sie die Arbeit auf diesem Blog mit Ihrer Spende über PAYPAL [hier](#) oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld DE40 3205 0000 0000 2711 22 !

Falsch denken und reden ist gefährlich geworden: Verlag trennt sich nach 40 Jahren von Monika Maron

Der S. Fischer Verlag hat nach 40 Jahren die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Schriftstellerin Monika Maron (79) beendet. Grund: Maron ist dem Verlag wohl nicht mehr politisch korrekt genug. In einem Interview mit der *Welt am Sonntag*, das heute erschienen ist und von der großartigen Kollegin Susanne Gaschke geführt wurde, beschreibt Maron ihr tiefes auch emotionales Verhältnis zu diesem Verlag, „der auch in schwierigen Zeiten immer zu mir gehalten hat“, in dem sie sich „beheimatet“ gefühlt habe und dem sie „zutiefst dankbar“ sei.

Obwohl ich Frau Maron persönlich nie kennengelernt habe, kenne ich ihren Namen und ihre Geschichte ebenso wie ein Stück weit ihr Werk aus großartigen Romanen und scharfsinnigen Essays. Anfang dieses Jahres hatte ich mehrfach Kontakt mit ihr. Nach einem wunderbaren Artikel Marons in der *Neuen Zürcher Zeitung* über das Leben in der Endzeit-DDR hatte ich sie spontan zu meinem Treffen der Schwarmintelligenz nach Erfurt eingeladen, wo wir über „30 Jahre Deutsche Einheit“ diskutieren wollten (und haben). Leider sagte sie ab – nicht, weil sie etwas gegen die Veranstaltung oder mich persönlich hat, sondern aus für mich nachvollziehbaren Gründen.

Im WamS-Interview beschreibt die Berlinerin Maron, wie sie das Meinungsklima in Deutschland im Jahr 2020 erlebt. Sie sagt:

„Bei Gesprächen nach Lesungen höre ich oft, dass die Leute vor drei Sachen Angst haben: eben davor, ausgegrenzt zu werden; Angst vor unversöhnlichem Streit mit Freunden und Familie; einige haben sogar Angst, ihre Arbeit zu verlieren, wenn sie das Falsche sagen.“

Angst haben, das Falsche zu denken und zu sagen? In diesem Land, in dem das Recht auf freie Meinungsäußerung in der Verfassung garantiert ist? Viele politische und mediale Querköpfe haben diese Erfahrung in den vergangenen Jahren machen müssen. Menschen, die einfach frei heraus gesagt oder geschrieben haben, was sie denken. Oder die etwas an sich Banales unglücklich formuliert haben und damit ihre wirtschaftliche Existenz verloren haben. Inzwischen gibt es nicht nur das politische Juste Milieu, der tonangebende, der meinungsbildende Teil der bürgerlichen Mehrheitsgesellschaft. Es gibt auch den medialen Mainstream, der nicht nur aber besonders durch ARD und ZDF und Figuren wie Anne Will und Klaus Kleber dort repräsentiert werden. Auch andere der großen Medienhäuser scheuen sich heute, einer offenen Debatte angemessenen Raum zu geben. Versuchen Sie mal im *Spiegel* oder der Süddeutschen einen Beitrag unterzubringen, wo sie Gender Mainstreaming als das beschreiben dürfen, was es ist, nämlich unwissenschaftlicher Schwachsinn. Oder Greta Thunberg und ihre Church of global Warming zu kritisieren. Oder die Corona-Politik der Regierung Merkel. Oder die gelungenen politischen Vorhaben der regierung von US-Präsident Donald Trump. Da sind Sie ruckzuck raus aus dem großen Spiel.

Mit meinem Freund und großartigen Kollegen Boris Reitschuster telefonierte ich vor Monaten mal über dieses Thema und wir versicherten uns gegenseitig, dass wir noch vor einem Jahr nicht für möglich gehalten hätten, welches erdrückende Meinungsklima in diesem Deutschland einmal herrschen würde.

Monika Maron sieht dabei Ostdeutsche stärker sensibilisiert als uns Westdeutsche, wenn sie sagt:

„Repressionen sind dazu gar nicht nötig. Ich glaube, auf diese Schere im Kopf, auf den vorauselenden Meinungsgehorsam, reagieren besonders DDR-Bürgerrechtler allergisch. Wer das damals nicht aushalten konnte, kann und will es heute, in einer freien Gesellschaft, erst recht nicht aushalten.“

Liebe Monika Maron, auch in Westdeutschland begreifen zunehmend Menschen, in welch demokratiegefährdenden Prozess wir uns mittlerweise alle befinden. Es hat mich erschüttert, als ich heute von den Entscheidung des S. Fischer-Verlages erfahren haben. Wirklich erschüttert.

Gegen den Strom schwimmen, nicht mehr mittanzen im Mainstream - das ist meine Philosophie hier. Um das dauerhaft erfolgreich tun zu können, brauche ich Ihre Hilfe. Bitte spenden Sie für unsere wichtige Arbeit über PAYPAL [hier](#) oder auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld: DE40 3205 0000 0000 2711 22

GASTSPIEL BORIS REITSCHUSTER: Rechts-freie Räume

2005 war ich mit dem Ex-Schachweltmeister und Putin-Kritiker Garry Kasparow auf Wahlkampf-Reise im Kaukasus. Während des gesamten Trips konnte das Schach-Genie kein einziges Mal in einem der vielen Säle auftreten, die seine Leute zuvor angemietet hatten. Meistens hieß es von den Vermietern diskret, sie seien unter Druck gesetzt worden und es sei zu gefährlich für sie, ihren Vertrag zu erfüllen. Kasparow und seine Leute standen auf der Straße. So etwas sei in einer echten Demokratie wie Deutschland nie denkbar, versicherte ich damals enttäuschten und empörten Mitarbeitern und verhinderten Zuhörern Kasparows.

Weil ich solche Szenen in meinen 16 Jahren als Korrespondent in Russland in einer Art Dauerschleife erlebt habe, weil ich mich immer darüber empörte und immer auf meine Heimat als Gegenbeispiel verwies, bin ich besonders sensibel, was solche Methoden im politischen Kampf angeht. Und so war ich einigermaßen entsetzt, als ich gerade im Spiegel las, dass die AfD in Berlin seit September vergeblich versucht, einen Raum für einen Parteitag zu finden. Die Kollegen vom Spiegel schreiben darüber mit kaum verschleierter Häme.

In dem Bericht heißt es: „Der Fall illustriert ein Problem, das nicht nur auf Berlin beschränkt ist: Der AfD fällt es zunehmend schwer, Räumlichkeiten für ihre Veranstaltungen zu finden....Auf einer aktuellen Antifa-Seite im Internet, die sich der Aktion „Kein Raum der AfD“ verschrieben hat, wird der jüngste Vorgang so kommentiert: „Egal wo und wie die AfD versuchen wird ihren Landesparteitag abzuhalten, wir werden da sein.“

Ich halte es für einer Demokratie für völlig unwürdig, dass Gewalt Veranstaltungen von zugelassenen Parteien unmöglich macht. Wenn mit Gewalt unterlegte Forderungen nach „rechts-freien“ Räumen erfolgreich sind, wird unser Land zum rechtsfreien Raum. Es ist unerträglich, wenn die Gesellschaft und der Staat vor dieser Gewalt einknicken, ja, sich der Eindruck aufdrängt, sie stünden ihr zumindest in Teilen wohlwollend gegenüber. Ich vermisste den Aufschrei der Öffentlichkeit, der Demokraten. Demokratie besteht darin, auch dem politischen Gegner das Recht zu gewährleisten, öffentlich angstfrei seine Meinung auszusprechen - die einem nicht passt,

Stellen Sie sich die Situation einmal umgekehrt vor: Rechtsextreme, mit denen viele Politiker schmusen, würden mit massivem Druck und Gewalt bzw. Gewaltandrohung verhindern, dass die einzige im Bundestag vertretene Partei, die für eine blutige, viele Menschenleben auf dem Gewissen habende Diktatur steht - die mit der SED rechtsidentische „Linke“ - einen Saal für ihre Parteitage anmieten kann. Der Aufschrei wäre gewaltig. Ebenso, wenn prominenten Linke, wie Sarah Wagenknecht, die sich nie überzeugend von ihren Sympathien für den linken Massenmörder Stalin distanziert hat, Lokalverbot in Restaurants bekämen, wie dies für AfD-Politiker keine Seltenheit ist.

Im Falle der AfD weigert sich aber selbst der Berliner Senat, eine kommunale Räumlichkeit als Ersatz bereit zu stellen. Das zeigt: Der Minimalkonsens, der eine Demokratie ausmacht, ist in unserem Lande aufgekündigt. Die von den Rändern ebenso wie von oben geschürte Spaltung unserer Gesellschaft hat ein

Ausmaß erreicht, das in seinen Konturen schon erschreckend an die Weimarer Republik erinnert.

Die Fronten sind dabei derart verhärtet und ideologisiert, dass viele nicht mehr zwischen Sympathien für die AfD und der Forderung, die Grundrechte auch für diese Partei gelten zu lassen, unterscheiden können. An die Stelle von sachlicher Abwägung treten zunehmend Pawlow'sche Reflexe.

Wer dafür eintritt, dass die Grundrechte auch für die AfD und ihre Mitglieder und Sympathisanten gelten, wird umgehend als Sympathisant hingestellt und dazu aufgefordert, den Gessler-Hut zu grüßen wie Wilhelm-Tell im Gründungsmythos der Schweiz. Diese Forderung ist undemokratisch und absurd. Insbesondere, wenn sie sich an Journalisten richtet - die zu JEDER Partei Distanz halten müssen, wenn sie ihr Berufsethos ernst nehmen.

Die AfD wird von vielen ihrer politischen Gegnern nicht als Partei mir ihnen fremden Positionen betrachtet, die es politisch zu bekämpfen gilt - sondern als Inkarnation des Bösen, als eine Art Wiederkehr der Nationalsozialisten. Weil das - bei aller berechtigten Kritik an der Partei, und obwohl Teile von ihr auf sehr unschöne Weise damit kokettieren - absurd ist, wird die Stigmatisierung mittelfristig in sich zusammen brechen, wenn die nicht-radikalen Kräfte in der Partei die Oberhand gewinnen (genauso wie seinerseits bei den Grünen, die pauschal als Kommunisten diffamiert wurden). Mehr noch: Der infantile, schwarz-weiße Umgang mit der Partei treibt ihr neue Wähler und Sympathisanten regelrecht zu.

Wichtigster Erfolgs-Garant der AfD ist die Tabuisierung von Themen, die sehr, sehr viele Menschen bewegen, wie Migration, Ausländerkriminalität, Sicherheit und Europolitik durch die anderen Parteien. Aus Angst vor sachlicher Diskussion sehen viele als einzigen Ausweg das Verteufeln (bis hin zum Entmenschlichen) derjenigen, die diese Tabu-Themen ansprechen. Das ist ein Indiz dafür, dass in weiten Teilen unserer Politik und Medien die totalitären Ungeister der Vergangenheit noch erschreckend lebendig sind und die vermeintlichen Bekenntnisse zur Demokratie fragwürdig - also genau das, was der AfD vorgeworfen wird.

Besonders dramatisch ist, dass diese schlimmen Erscheinungen, diese massive Spaltung unserer Gesellschaft von oben stimuliert und gefördert werden - wie gerade erst mit den klaren Schwarz-Weiß-Botschaften des sozialdemokratischen Bundespräsidenten am Holocaust-Gedanktag in Israel. Eine Instrumentalisierung der finsternsten Momente unserer Vergangenheit um des eigenen Machterhalts wegen. Die Folgen für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie werden verheerend sein.

Dieser [Beitrag](#) erschien am 25. Januar 2020 auf dem Portal www.reitschuster.de.

70 Jahre NATO: Von Wachsamkeit und neuen Herausforderungen

Der Nordatlantikpakt feiert sein 70-jähriges Bestehen, und er hätte allen Grund zum Feiern. Denn seinen wichtigsten Auftrag hat die NATO erfüllt: Europa sicher zu machen gegen kriegerische Übergriffe von wem auch immer. Aus einem verwüsteten Kontinent nach dem Zweiten Weltkrieg wurde zumindest im Kerneuropa eine Region des Wiederaufbaus, des Wohlstands und der Sicherheit. 74 Jahre haben wir Deutschen keinen Krieg mehr direkt erlebt, keine Bombennächte, keine verwüsteten Städte. Und keine Kriege mehr mit dem Erbfeind Frankreich. Statt mit Panzerverbänden besuchen sich junge Deutsche und Franzosen heute gegenseitig beim Schüleraustausch zum kennen- und liebenlernen, bisweilen zum heimlichen Kiffen am Strand. Man würde einen Riesenfehler begehen, dies alles nicht wertzuschätzen, weil wir uns so gemütlich eingerichtet haben in unserer europäischen Komfortzone, ermöglicht nicht zuletzt durch das mit Abstand gewaltigste Militärbündnis, das die Menschheit je gesehen hat: die NATO.

„Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit“, lautete ein Wahlspruch der Allianz in den 90er Jahren. Es ist höchste Zeit, dass wir uns daran erinnern und vergewissern, was wir bereit sind zu tun für unsere eigene Sicherheit und die Sicherheit unserer Partner. Wir selbst und die Amerikaner, die unter Donald Trump zusehends unwillig sind, die Drecksarbeit zu machen und von lustlosen Bündnispartnern noch kluge Ratschläge anhören zu müssen, die selbst ihre Verpflichtungen nicht erfüllen. Nur fünf von 29 Bündnispartnern erreichen bereits das für 2024 vereinbarte Ziel, Mittel in Höhe von zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die eigenen Streitkräfte auszugeben, hat die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung ausgerechnet. Noch weniger Partnerländer schaffen es, den geforderten Anteil von 20 Prozent an Investitionen in Entwicklung und Beschaffung von Waffensystemen aufzubringen.

Und Deutschland? Die Wirtschaftsgroßmacht, der Exportweltmeister? Wir haben nicht nur Kampfflugzeuge, die nicht abheben, sondern auch U-Boote, die nicht tauchen können. Wir machen uns vor den NATO-Partnern lächerlich mit einer Verteidigungsministerin, die Kampfanzüge für schwangere Sodatinnen anschafft und in Kasernen Seminare über sexuelle Vielfalt in der Truppe veranstalten lässt, während unsere Soldaten in Afghanistan und Mali auf eigene Kosten Ausrüstung beschaffen, weil das reiche Deutschland sich nicht oder zu wenig um die Sicherheit seiner Söhne und Töchter kümmert, die für uns alle im Notfall den Kopf hinhalten sollen.

Der deutsche Finanzminister Olaf Scholz (SPD) strich jetzt passend zum Jubiläum den geplanten Verteidigungshaushalt radikal zusammen. Selbst 1,5 Prozent Erhöhung des Verteidigungsetats ist kaum noch zu erreichen. Versprochen hat Deutschland zwei Prozent. Die USA haben 3,4 Prozent. Ich hätte auch keine Lust mehr, wenn ich Donald Trump wäre.

Die NATO hat 70 Jahre lang dafür gesorgt, dass es in Deutschland und Kerneuropa keinen Krieg gegeben hat. Besonders unsere jungen Mitbürger denken, das sei alles selbstverständlich. Ich es aber nicht.

Die Welt ist heute ein gefährlicher Ort wie lange nicht mehr. Alte Gewissheiten gelten nicht mehr. Der aggressive Islam arbeitet am weltweiten Kalifat, ein Netzwerk des Terrors, finanziert von arabischen

Schurkenstaaten, sorgt dafür, dass unsere Welt nicht zu einem friedlichen Ort werden kann. Unter Putin ist Russland auf dem Sprung, zu alter Bedeutung am Tisch der Weltmächte zurückzukehren. Georgien und die Ukraine zeigen, dass der Kreml bereit ist, jede Schwäche des Westens auszunutzen. China unternimmt, gestützt durch enorme wirtschaftliche Kraft und Wachstum, alle Anstrengungen, eine imperiale Macht zu werden, für die internationale Regeln nicht gelten sollen.

Und wir? Wir palavern über eine eigene EU-Armee? Wofür eigentlich? Die NATO macht einen vorzüglichen Job. Was soll das Gequatsche in Brüssel über militärische Parallelstrukturen. Wie relevant würden europäische Streitkräfte ohne die Supermacht USA sein? Würde Frankreich – Großbritannien ist ja demnächst raus aus der EU – im Rahmen einer europäischen Sicherheitsstruktur den Partnerländern Zugriff auf sein Atomwaffenarsenal gewähren? Nie im Leben.

Immerhin gibt es auch gute Nachrichten. Der Russlandexperte und langjährige FOCUS-Chef in Moskau, Boris Reitschuster, stellte am Donnerstagabend in Köln sein Buch „Putins verdeckter Krieg“ vor und begründete, warum Putin keinerlei Interesse an einem Krieg mit dem Westen haben kann. Ein großer Teil des russischen Staatsvermögens sei inzwischen in England und der Schweiz sicher angelegt, die Yachten der Putin-Freunde ankerten vor Nizza, Geschäftsgespräche fänden in Sizilien statt und die Frauen der russischen Oligarchen hätten sündhafte teure Appartements in London, wo man herrlich shoppen kann. Reitschuster: „Warum sollten sie das alles kaputtmachen?“